

Etwas besseres als den Sozialstaat finden wir überall

Ein Geschichtsmärchen der Arbeiterbewegung wird abgewickelt

Der Sozialstaat war nicht das, als was er uns immer verkauft wurde. Betrachten wir die Geschichte, so stellt er keine Errungenschaft von Arbeiterkämpfen dar, sondern ein staatliches Instrument, um diese Kämpfe in beherrschbare Bahnen zu lenken. Deshalb gehen die Rufe nach einer „gerechteren Politik“ und für den „Erhalt der sozialen Sicherungssysteme“ hoffnungslos ins Leere.



Die Arbeiter unter Kontrolle behalten

Der Sozialstaat hat sich in dem Maße entwickelt, wie die Herrschenden auf eine stärker und rebellischer werdende Arbeiterklasse reagieren mussten. Eine Forderung oder Errungenschaft von Kämpfen war er deswegen nicht. Die großen Schrittmacher der Sozialpolitik waren Nationalismus, Imperialismus und Krieg. Im Ersten Weltkrieg wurden die Gewerkschaften anerkannt und in die Kriegswirtschaft einbezogen. Die Sozialdemokratie wurde für ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten damit belohnt, dass sie im Staatsapparat daran mitwirken durfte, die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsproduktion unter Kontrolle zu halten. Aber die sozialpolitische und gewerkschaftliche Aufstandsbekämpfung scheiterte; 1917/18 kämpften die Arbeiter und Soldaten nicht für eine bessere Sozialpolitik, sondern versuchten die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus. Erst nach der Niederschlagung der Revolten, wurde die Sozialpolitik weiterentwickelt (z.B. durch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung 1927), um neue revolutionäre Erhebungen zu verhindern. Die ersten Arbeiterorganisationen im 19. Jahrhundert hatten keineswegs so eindeutig auf den Staat gesetzt, wie es spätestens ab dem Ersten Weltkrieg normal wurde. Die ersten Ansätze einer Sozialpolitik durch Bismarck lehnten sie ab, weil sie darin eine Enteignung ihrer eigenen Hilfs- und Unterstützungskassen sahen. In Zeiten der Not forderten die Proletarier keine komplizierten sozialrechtlichen Regelungen und schikanierende Sozialbürokratien, sondern plünderten Kornspeicher und Geschäfte, griffen die Unternehmer an und verhinderten durch Massenaufuhr die Zwangsräumung aus ihren Mietswohnungen. Wer die Prozedur der Beantragung von Sozialleistungen und den Ablauf auf den Ämtern kennt, versteht sofort, wie lächerlich weltfremd die Vorstellung ist, normale Proletarier könnten sich im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte solche Regelungen ausdenken oder sie gar fordern. Nein, die haben sich andere ausgedacht – und das in ganz bestimmter Absicht.

Errungenschaften der Sozialpolitik: Spalten und Isolieren

Der Staat muss sozialpolitisch aktiv sein, weil der Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist. Die sozialrechtlichen Regelungen sollen diese Einsicht aber verhindern. Mit dem Beginn der Industrialisierung taucht im 19. Jahrhundert eine neue Form der Armut auf – die eigentumslosen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter. Zunächst werden sie als „Pauper“ (lateinisch für: „Arme“,

„Elende“) oder „gefährliche Klassen“ bezeichnet, weil sie unberechenbar sind und 1848 den ganzen Kontinent erschüttern. Die erste und heute mit „Hartz IV“ wieder höchst aktuell gewordene Spaltungslinie, die von den Herrschenden eingesetzt wird, ist die Unterscheidung zwischen „ehrbarem Arbeiter“ und „Pauper“ (später heißen sie auch „Asoziale“). Die guten Arbeiter seien eigentlich gar keine Proletarier, da sie wie alle anderen Bürger ihre eigene Ware auf dem Markt verkaufen: ihre Arbeit. Diejenigen, denen das nicht gelingt oder die das nicht wollen, sind die Pauper. Sie sind eigentlich an ihrem Elend selber schuld, aber um Aufruhr zu verhindern, müsse man für sie sorgen. Die Sozialleistungen für sie heißen daher bis heute Fürsorge – und stigmatisieren die Betroffenen als unselbständige Almosenempfänger. Solange die „ehrlichen Arbeiter“ ständig durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter usw. davon bedroht sind, selber zu Fürsorgeempfängern zu werden, konnte diese Spaltung nicht sehr wirksam sein. Auf der einen Seite trägt der „Lohn“ schon einiges zur Vernebelung der wirklichen Klassenverhältnisse bei. Denn in der allgemeinen Vorstellung ist der Lohn die Bezahlung der Arbeit – ein quasi gerechter Tausch zwischen Kapitalist und Arbeiter. Tatsächlich produzieren die Arbeiter sowohl die Mittel ihrer eigenen Lebensgrundlage (Subsistenzmittel) sowie den Profit des Kapitalisten, aber der Lohn als ein Tauschverhältnis verdunkelt diese Tatsache immer wieder. (Dieser „Lohnfetisch“ ist so wirksam, dass in den letzten Jahren selbst kluge Geister in der deutschen Linken, um nicht zu sagen Klugscheißer, den Lohn als Beweis dafür sahen, dass es zwischen Kapitalisten und Arbeitern keinen wesentlichen Unterschied gibt.)

Nichts zu verkaufen außer: unsere Arbeitskraft

Aber spätestens mit dem Wegfall des Lohns wird wieder offensichtlich, dass die Proletarier nicht einfach Bürger sind, sondern Eigentumslose. Das einzige, was sie zu verkaufen haben, ihre Arbeitskraft, können sie nicht einfrieren oder im Keller lagern, um auf bessere Zeiten zu warten. Um trotzdem die Spaltung unter den Proletariern aufrechtzuerhalten, wurde neben der Fürsorge eine zweite Form der Sozialleistung eingeführt, die den Lohnfetisch auch in Zeiten der Nichtarbeit weiterwirken lässt: die Sozialversicherung. Durch die Kopplung der Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosengeld usw.) an die eingezahlten „Beiträge“ soll sich der Proletarier einbilden können, nicht von Almosen zu leben, nicht einfach aus Gründen der Aufstandsbekämpfung weiter durchgefüttert zu werden, sondern von dem „eigenen“, selbst angesparten Geld zu leben. Zudem werden auch alle weiteren Spaltungen innerhalb des Proletariats auf diese Weise fortgesetzt: Wer einen höheren Lohn als andere hatte, bekommt entsprechend höhere Sozialleistungen; ebenso bekommt mehr, wer länger und bruchloser gearbeitet hat. Die Sozialversicherung wirkt damit als indirekter Arbeitszwang und staatliche Kontrolle und Überwachung, da Leistungen davon abhängig gemacht werden, die eigene Unterwerfung unter das kapitalistische Arbeitsdiktat und seine Lebensverhältnisse lückenlos nachzuweisen. (Die neuen Fragebögen für das ALG II wurden in der Öffentlichkeit als neue Stufe der „Durchleuchtung“ angeprangert, aber gemessen an der gigantischen Überwachungsmaschine, die insgesamt mit der Sozialpolitik durchgesetzt wurde, stellen sie nur eine geringfügige Ausweitung dar.) Es gibt weitere wichtige Momente, in denen der Sozialstaat als Klammer einer widersprüchlichen und entfremdeten Gesellschaft wirkt: er vertieft den Nationalismus, indem er die Leistungen an die Staatsangehörigkeit bindet; in seinen konkreten Regelungen zementiert er die bürgerliche Kleinfamilie und ihre patriarchalische Herrschaft; er verrechtlicht die Verhältnisse und individualisiert damit die Individuen – und er geht nahtlos in die offen gewalttätigeren Formen der staatlichen Kontrolle über: Jugendheime, geschlossene Anstalten, Psychiatrien und Knäste.

Wenn die Sozialstaatsillusionen bröckeln ...

Der erste Schub von Mobilisierungen gegen die bevorstehenden „Reformen“ („Montagsdemos“) hat sich vor allem an „Hartz IV“ festgemacht, d.h. an der Umwandlung einer Versicherungsleistung in eine Fürsorgeleistung und den damit verbundenen Einkommensverlusten. (In Wirklichkeit war die

Arbeitslosenhilfe keine Versicherungsleistung, sondern zu 100% vom Staat finanziert, aber sie sah so aus, weil sie sich prozentual am letzten Lohn orientierte). Das führte zu der Tendenz, die vom Sozialstaat definierten Spaltungslinien in der Mobilisierung fortzusetzen: Viele pochten darauf, aufgrund ihrer jahrelangen Arbeit, anders und besser behandelt zu werden, als „gewöhnliche Sozialhilfeempfänger“. Allerdings sind die Reformen selber schon eine Reaktion darauf, dass diese Spaltungslinie mit ansteigender Arbeitslosigkeit immer weniger funktioniert hat. Faktisch hatten sich die Bedingungen vieler Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe- EmpfängerInnen schon vorher angeglichen oder umgekehrt, d.h. die Arbeitslosenhilfe sank unter die Sozialhilfeansprüche. Und was noch wichtiger ist: der indirekte Arbeitszwang, der von den Sozialversicherungen ausgehen sollte, ist von unten in die Krise geraten. Soziale Sicherheit durch lebenslange Unterwerfung unter die Arbeit hat seit den siebziger Jahren ihre Attraktivität verloren. In seiner spekulativen Flucht nach vorn verstärkte der Kapitalismus der „New Economy“ diese Tendenz noch, als er allen versprach, durch Aktienbesitz ohne Arbeit reich werden zu können. Dieser Traum ist längst geplatzt. Eine neue „Arbeitsfreude“ will sich nicht einstellen – zudem verweigert der Kapitalismus selbst den Willigen die Möglichkeit, ihre Arbeitswut auszutoben. So gesehen blieben Montagsdemos und Parolen wie „Weg mit Hartz IV“ weit hinter den historischen Möglichkeiten zurück, die sich uns heute bieten. Sie klammerten sich an die alten Spaltungslinien der Sozialpolitik und trugen eine lächerliche Staatsgläubigkeit zur Schau. Aber in ihrer Ungeplantheit und strohfeuerartigen Verbreitung deuteten sie an, was passieren könnte, wenn der Staat – nicht aus einer Position der Stärke, sondern aus purer ökonomischer Verzweiflung – die alten sozialpolitischen Kontroll- und Spaltungsinstrumente nicht mehr finanzieren kann, und damit ungewollt die Voraussetzungen für neue Gemeinsamkeiten und eine kämpferische Solidarität von unten schafft.

Links zum Weiterlesen:

„Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat“, in Wildcat Nr. 35 (1985) www.wildcat-www.de/wildcat/35/wc35soz.htm

„Der Sozialstaat war nie ein wirklicher Fortschritt für die Arbeiterklasse ... (Flugblatt aus England)“, in Wildcat Nr. 39 (1986) www.wildcat-www.de/wildcat/39/w39welfa.htm

„Die Perspektiven des Klassenkampfes liegen jenseits einer Reform des Sozialstaats“, in Wildcat-Zirkular Nr. 48/49 (1999) www.wildcat-www.de/zirkular/48/z48sozst.htm

„Wie der Sozialstaat den Klassenkampf in Arbeiterbewegung verwandelt“, in Wildcat Nr. 61 (1993), S. 29-32

[Quelle: „Zieht euch warm an!“, Sonderseiten-Beilage zur Direkten Aktion Nr. 166, November/Dezember 2004, S. 4f. http://www.fau.org/da/ausgaben/da_166/da166_beilage.pdf]